

## Anwendungshinweise zum VHB Kommunal

Die Beschaffung von Waren, Bau- und Dienstleistungen sind verfahrenstechnisch durch einen steten Wandel gekennzeichnet.

Dieser Formularsatz reagiert auf die Aufhebung des § 26 KommunalHVO und die Einführung des § 75a GO bzw. der Änderung des § 8 Kommunalunternehmensverordnung - KUV. Nicht geändert wurden die Regeln für die Vergaben, deren geschätzter Auftrags- oder Vertragswert ohne Umsatzsteuer die jeweils festgelegten Schwellenwerte erreicht oder überschreitet (§ 106 GWB); der Formularsatz erfasst Oberschwellenwertvergaben gemäß nachfolgender Werte daher nicht.

Ab dem 01.01.2026 gelten folgende Schwellenwerte:

**Klassische Vergaberichtlinie (2014/24/EU)**

Bauleistungen: 5.404.000 EUR  
Liefer- und Dienstleistungen 216.000 EUR

**Sektorenrichtlinie und Richtlinie Verteidigung und Sicherheit (2014/25/EU und 2009/81/EG)**

Bauleistungen 5.404.000 EUR  
Liefer- und Dienstleistungen 432.000 EUR

**Konzessionen (2014/23/EU)**

Bauleistungen 5.404.000 EUR

**EU-Schwellenwerte für soziale und andere besondere Dienstleistungen**

für öffentliche Auftraggeber 750.000 EUR  
für Sektorauftraggeber 1.000.000 EUR

Die einschlägige Änderung durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 10. Juli 2025 (GVBl 2025, S. 618) hat folgenden Wortlaut:

### § 75a GO Allgemeine Vergabegrundsätze

(1) Die Gemeinde hat die Vergabe von öffentlichen Aufträgen vorbehaltlich anderweitiger Rechtsvorschriften wirtschaftlich, effizient und sparsam unter Beachtung der Grundsätze von Gleichbehandlung und Transparenz zu gestalten. Dies gilt auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, deren geschätzter Auftrags- oder Vertragswert ohne Umsatzsteuer unterhalb der jeweils geltenden Schwellenwerte nach § 106 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (EGEL I S. 1750, 3245) in der jeweils geltenden Fassung liegt. Die Geltung höherrangiger Vorschriften sowie der Vorschriften für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, deren geschätzter Auftrags- oder Vertragswert die in Satz 2 genannten Schwellenwerte erreicht, bleibt unberührt.

(2) Die Gemeinde darf Regelungen, die die Durchführung von Vergaben einschränken, nur durch den Beschluss einer Satzung erlassen.

### § 8 KUV Anwendung der Vergabegrundsätze

Kommunalunternehmen haben Vergaben von öffentlichen Aufträgen vorbehaltlich anderweitiger Rechtsvorschriften wirtschaftlich, effizient und sparsam unter Beachtung der Grundsätze von Gleichbehandlung und Transparenz zu gestalten, soweit die Auftragsvergabe der Erfüllung von durch Satzung übertragenen hoheitlichen Aufgaben aus den in § 107 Absatz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen angeführten Bereichen dient. Dies gilt auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, deren geschätzter Auftrags- oder Vertragswert ohne

Umsatzsteuer unterhalb der jeweils geltenden Schwellenwerte nach § 106 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245) in der jeweils geltenden Fassung liegt.

Die Begründung für beide Regeln lautet auszugsweise (Drucksache 18/13836, S. 145):

§ 75 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beinhaltet die Allgemeinen Haushaltsgrundsätze, die die Kommunen einzuhalten haben. Bereits daraus folgt, dass Kommunen Aufträge nur zu Marktpreisen erteilen dürfen. Eine Auftragsvergabe zu höheren Preisen verstößt gegen die Allgemeinen Haushaltsgrundsätze, da die Kommune nicht wirtschaftlich handeln würde. § 75 Absatz 1 Satz 3 GO NRW normiert die Grundsätze der wirtschaftlichen, effizienten und sparsamen Haushaltsführung.

§ 75a Absatz 1 GO NRW regelt die Pflicht einer Gemeinde, nämlich, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge – vorbehaltlich anderer Rechtsvorschriften – wirtschaftlich, effizient und sparsam unter Beachtung der Grundsätze von Gleichbehandlung und Transparenz zu gestalten ist. Die Rechtsprechung leitet das Recht auf ein diskriminierungsfreies und transparentes Verfahren insbesondere aus Artikel 3 des Grundgesetzes ab. Der staatlichen Stelle, hier die Kommune, die einen Auftrag vergibt, ist es auf Grund von Artikel 3 GG verwehrt, das Verfahren oder die Kriterien der Vergabe willkürlich zu bestimmen. Damit wird klargestellt, dass die Gemeindeordnung neben den „Allgemeinen Vergabegrundsätzen“ den Kommunen im EU-Unterschwellenbereich keine weiteren Pflichten auferlegt.

Die UVgO und die VOB/A haben für sich genommen, keine rechtliche Verbindlichkeit. Eine rechtliche Verbindlichkeit erhalten sie auf Landesebene im Bereich des Unterschwellenvergaberechts ausschließlich dadurch, dass sie von einer demokratisch legitimierten Autorität nach § 133 Absatz 1 Nummer 6 GO NRW für anwendbar erklärt werden. Fehlt es an einer verbindlichen haushaltsrechtlichen Vorgabe für die Anwendung, entfalten die UVgO und die VOB/A (Abschnitt 1) unterhalb der Schwellenwerte keine Rechtswirkung.

Insbesondere wird mit dem Wegfall der Bindung kommunaler Ausschreibungen an die VOB/A das sogenannte „Schweizer Modell“ im Land Nordrhein-Westfalen umgesetzt: Auch in der Schweiz erhält die Bieterin oder der Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot den Zuschlag. Damit ist nicht immer der niedrigste Angebotspreis verbunden.

Kriterien und Mindestanforderungen wie Qualität, Nachhaltigkeit, Zweckmäßigkeit und Betriebskosten können durch die Kommune bei jeder Vergabe gesondert vorgegeben und damit berücksichtigt werden. Dadurch bekommt die Qualität einer Leistung im Rahmen einer kommunalen Ausschreibung wieder ein höheres Gewicht. Durch den neu eingefügten Paragraphen wird sichergestellt, dass Gemeinden öffentliche Aufträge, deren geschätzter Auftrags- oder Vertragswert ohne Umsatzsteuer unterhalb der jeweils geltenden Schwellenwerte nach § 106 GWB liegt, wirtschaftlich, effizient und sparsam vergeben.

Die vollständige Freigabe der Unterschwellenvergabe findet ihre Grenze im allgemein geltenden Recht. Kommunen müssen im vorliegenden Fall der vollständigen Freigabe der Unterschwellenvergabe anderweitige landes-, bundes- und europarechtliche Vorschriften auch fortan beachten.

Zu den anderen Gesetzen gehört in NRW u.a. das Gesetz zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG), der Erlass zur

Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung (Anti-Korruptionserlass) vom 9. Dezember 2022 (zur Anwendung empfohlen) und das Muster für die Erstellung einer Dienstanweisung zur Vorbeugung von Korruption und zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GPA (<https://gpanrw.de/service/vergabe-korruptionspraevention/muster-dienstanweisung-korruptionspraevention>).

Vor diesem Hintergrund ist die Auslegung des neuen § 75a Abs. 2 GO anspruchsvoll. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich zur Ausarbeitung einer Mustersatzung entschlossen, um den vorgenannten Anforderungen Genüge zu tun.

Die hier beigefügten Muster zur Dokumentation einer Vergabe orientieren sich an dem bisherigen Standard. Sie sind bewusst als Word-Datei hinterlegt, damit Anwender vor Ort diese nach den spezifischen Besonderheiten angepasst werden können.

Die Muster wurden um „bauliche“ Vordrucke ergänzt. Dabei fällt der neue Vordruck 512 VOB Zusätzliche Vertragsbedingungen mit seinen 30 Seiten auf. Wie bereits ausgeführt gelten die neuen Vordrucke für alle Vergaben unterhalb der Schwellenwerte, also sowohl für den Bauauftrag über 10.000 EUR als auch den über 5.300.000 EUR. Der neue Vordruck erfasst alle Eventualitäten und ist für höherwertige Aufträge gedacht.

Schließlich wurden 4 Vorlagen stark vereinfacht hinzu gefügt mit dem Zusatz „Simpel“, um die Vorteile der neuen Erleichterungen formgerecht zu erfassen.

Aus der Sicht des Verfassers sind im täglichen Einsatz folgende Muster relevant:

001 – 004, 111, 312, 312a, 511 – 513. Alle anderen Vordrucke sind Erfassung einer Vielzahl spezieller Fälle dienlich. Es bleibt zu beachten, dass bei Bauaufträgen stets die VOB/B vereinbart wird. Dabei handelt es sich um Geschäftsbedingungen, die bereits im BGB besonders erwähnt sind und den täglichen Ablauf auf der Baustelle erleichtern. Die Vorteile der Vereinbarung der VOB/B liegen darin, dass ein geschlossenes, einheitliches Regelwerk vorliegt, das auf umfassende rechtliche Klarheit ausgelegt ist und Lücken vermeiden soll. Die VOB bietet durch detaillierte Regelungen für verschiedene Szenarien eine flexiblere Handhabung von Risiken bei der Bauausführung. Bei VOB-Verträgen unterbricht eine Mängelanzeige die Verjährung für den beanstandeten Bereich, was dem Auftragnehmer mehr Flexibilität bei der Mängelbeseitigung gibt.

In den Vordrucken wurde darüber hinaus insbesondere die Möglichkeit der Nachverhandlung der Preise berücksichtigt.